

Gleichgültigkeit und Gefühlskälte prägen das Klima

Zwei Jahre nach dem Massaker der Hamas zieht Daniel Neumann, Direktor der Jüdischen Gemeinde in Hessen, eine Bilanz der Entwicklungen seitdem

Von Puja Karsazy

WIESBADEN. Zwei Jahre nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel hat sich die Welt verändert – und mit ihr das Selbstverständnis vieler Jüdinnen und Juden in Deutschland. Der 7. Oktober 2023, jener Tag, an dem bewaffnete Hamas-Kämpfer israelische Dörfer überfielen und 1182 Menschen ermordeten, gilt in Israel und vielen westlichen Ländern als Zäsur. Auch in Deutschland waren die Folgen unmittelbar spürbar: Nach dem Angriff häuften sich antisemitische Vorfälle, jüdische Einrichtungen wurden bedroht, Mahnwachen gestört und Symbole Israels zerstört.

Wie tief der Einschnitt wirkt, zeigt die Einschätzung von Uwe Becker, dem Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus: „Der 7. Oktober war der größte Massenmord an Jüdinnen und Juden seit der Shoah – doch während die Bilder der Gräueltaten noch nachwirken, wächst in Deutschland ein neuer Antisemitismus, sichtbar in Kultur, Wissenschaft und auf unseren Straßen“, teilt Becker mit. Getarnt als „propalästinensisches Engagement“ und versehen mit völkerrechtlichen Argumenten, schließen sich nach seinen Worten akademische

und aktivistische Milieus zu unheimlichen Allianzen zusammen, um israelbezogenen Judenhass zu normalisieren und jüdisches Leben in Deutschland existenziell zu bedrohen.

Daniel Neumann, Direktor der Jüdischen Gemeinde in Hessen und Vorsitzender des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden, beschreibt den 7. Oktober als tiefgreifenden Einschnitt: „Der 7. Oktober 2023 war eine Zeitenwende. Nicht nur für Israel, sondern auch für Juden weltweit. Denn dem Angriff auf Israel folgten Angriffe auf Juden weltweit – auch in Deutschland.“

Auch den Zentralrat der Muslime in Deutschland bat diese Zeitung um eine Einschätzung: Wie bewertet er den 7. Oktober zwei Jahre danach? Welche Verantwortung tragen muslimische Organisationen im Kampf gegen Terror, Extremismus und Antisemitismus? Und welche Bedeutung hat der interreligiöse Dialog in einer Zeit wachsender Spannungen? Eine Antwort lag bis Redaktionsschluss nicht vor.

Während von muslimischer Seite keine Stellungnahme einging, sieht Neumann den Terrorangriff als Angriff auf das Sicherheitsgefühl jüdischer Menschen insgesamt. Seitdem, sagt er, habe sich das Alltagsleben vieler Jüdinnen und Juden „er-



Israelische und palästinensische Flagge nebeneinander – zwei Symbole eines anhaltenden Konflikts, zwei Jahre nach dem Angriff der Hamas auf Israel. (Symbolbild)

Foto: Luminelimages - stock.adobe.com

heblich verschlechtert“. Die Sorge, als jüdisch erkannt zu werden, sei wieder stärker präsent. „Die Folge ist ein stetiger Rückzug jüdischer Menschen in die Anonymität und die Unsichtbarkeit.“

Zu den Reaktionen in Deutschland äußert sich Neu-

mann kritisch. Während die politische Ebene nach dem 7. Oktober „überwiegend klar und deutlich, wenn auch weitgehend folgenlos“ reagiert habe, bleibt die gesellschaftliche Haltung aus seiner Sicht problematisch: „Empathieverweigerung, Gleichgültigkeit und Ge-

fühlkälte prägen das Klima. Jüdisches Blut ist offensichtlich wenig wert“, sagt Neumann. Und es falle leicht, der toten Juden der Vergangenheit zu gedenken, solange man sich mit der Gegenwart jüdischen Lebens nicht auseinandersetzen müsse, findet der Direktor des

Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen.

Er spricht von einer „moralischen Kapitulation“, die sich in der Duldung antisemitischer Parolen auf Demonstrationen und in einer zunehmenden Feindseligkeit gegenüber Juden zeige. „Die sogenannte ‚Palästi-

na-Solidarität‘ ist zu einem Kulturphänomen geworden – ein kostenloser Weg, um mit dem israelfeindlichen Chor zu singen und sein Gutmenschentum zur Schau zu tragen. Dabei prägen Hysterie, islamistische Propaganda, Täter-Opfer-Umkehr und breite moralische Kapitulation das Bild.“

Forderung an Politik und Gesellschaft

Neumann fordert von Politik und Gesellschaft entschiedene Maßnahmen gegen Antisemitismus. „Von der Politik erwarten wir, dass sie das Versprechen, jüdisches Leben in Deutschland schätzen zu wollen, ernst nimmt. Dass sie Haltung zeigt. Und dass der Schwur des ‚Nie wieder!‘ endlich mit Leben gefüllt wird.“

Neumann nennt als Schwerpunkte mehr Bildung über Israel und den Nahostkonflikt, ein konsequenteres Vorgehen gegen antisemitische Hetze sowie gegen Hassprediger und islamistische Netzwerke. „Free Palestine“ und „Yalla Intifada“ sind Gewaltaufrufe und keine Friedensbotschaften“, sagt Neumann. „Yalla Intifada“ ist ein arabischer Ausruf, der übersetzt „Auf zur Intifada“ bedeutet und als Aufruf zu einem palästinensischen Aufstand gegen Israel verstanden wird.